



Die Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft: Mehr Markt oder mehr Staat?

Die Soziale Marktwirtschaft war über Jahrzehnte die Grundlage der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Die Herausforderungen der Globalisierung, Folgen der Corona-Pandemie und außenpolitischen Entwicklungen infolge des Ukrainekrieges werfen die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der traditionellen Wirtschaftsordnung auf: Wie müssen die Rahmenbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft verändert werden, um angemessen auf diese Probleme reagieren zu können? Entspricht unser heutiges wirtschafts- und sozialpolitisches Modell noch den Grundideen der sozialen Marktwirtschaft nach Alfred Müller-Armack und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard? Oder liegt der Schwerpunkt heute mehr auf einem wachsenden Sozialstaat als auf der Marktwirtschaft?

In dieser Einheit befassen sich die Lernenden mit den Regelmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft und überprüfen, vor welchen Herausforderungen unsere Wirtschaftsordnung derzeit steht. Anhand des aktuellen Beispiels der Gaspreisbremse diskutieren und beurteilen sie Eingriffe des Staates in den Markt sowie deren Konformität mit den „Spielregeln“ der Sozialen Marktwirtschaft.

Überblick

| | |
|----------------------|---|
| Themenbereich | Soziale Marktwirtschaft |
| Anforderung | Gymnasium |
| Klassenstufe | Klasse 9/10 |
| Vorwissen | Planwirtschaft/Zentralverwaltungswirtschaft |
| Zeitbedarf | 2 Unterrichtsstunden |
| Methode | Pro-Kontra-Diskussion |
| Kompetenzen | Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ kennen das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.◆ beleuchten die Rolle des Staates in der Wirtschaft.◆ beurteilen, ob es sich bei der Gaspreisbremse um einen legitimen staatlichen Eingriff in den Markt handelt. |
| Schlagworte | Soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat, Wirtschaftsordnung |
| Autoren | Timo Schuh und Anke Söller |
| Redaktion | RAABE – Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH |
| Produktion | Klett MINT (Januar 2023) |



Unterrichtsverlauf

| Zeit | Phase | Inhalte | Materialien | Tipps/Hinweise |
|---|-----------------------|--|---|---|
| 1. Unterrichtsstunde: Regelmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft | | | | |
| 10' | Einstieg | Die SuS erarbeiten die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft mithilfe einer interaktiven Grafik. | Interaktive Anwendung: Die Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft | |
| 35' | Erarbeitung I | Die SuS erarbeiten die Kernidee der Sozialen Marktwirtschaft anhand eines Textes. Die Überprüfung des Gelesenen erfolgt über richtig / falsch Aussagen. Darüber hinaus erstellen die SuS ein Tafelbild/Schaubild zur Sozialen Marktwirtschaft. | M1 Alfred Müller-Armack und die Soziale Marktwirtschaft | Textarbeit |
| 2. Unterrichtsstunde: Aktuelle Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft | | | | |
| 15' | Erarbeitung II | Die SuS erarbeiten sich die Herausforderungen, vor denen die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert steht. | Arbeitsblatt: Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert | |
| 15' | Vertiefung | Die SuS bereiten eine Pro-Kontra-Diskussion zur Frage vor, ob es legitim ist, dass der Staat mit der Gaspreisbremse in den Markt eingreift. | M2 Mehr Markt oder mehr Staat? | Gruppenarbeit / Tafelbild |
| 15' | Sicherung | Sie positionieren sich in der Pro-Kontra-Diskussion zur Gaspreisbremse und den Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft. | M2 Mehr Markt oder mehr Staat? | Durchführung Pro-Kontra-Diskussion Digitale Methode: Positionslinie |

Bedeutung der Symbole



Dieses Symbol findest du auf den Arbeitsblättern. Die dort gestellten Aufgaben kannst du direkt auf dem Arbeitsblatt lösen.



Der Schlüssel zeigt dir an, dass es für diese Aufgabe eine Hilfestellung gibt. Wende dich bei Bedarf an deine Lehrkraft.



Der Stern weist dich darauf hin, dass diese Aufgabe etwas schwieriger ist oder eine Zusatzaufgabe darstellt.



Der Wegweiser gibt an, dass du hier zwischen unterschiedlichen Arbeitsblättern, Aufgaben oder auch Sozialformen (Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit) wählen kannst. Deine Wahl kannst du ganz nach deinem Interesse bzw. Leistungsstand treffen.



Diese Symbole zeigen dir an, dass du die Aufgabe zusammen mit einem oder mehreren Mitschülerinnen bzw. Mitschülern bearbeiten sollst. Dabei könnt ihr euch untereinander austauschen und so als Team an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.



Das Ausrufezeichen weist dich auf eine wichtige Information oder einen Merksatz hin.



Die Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft

Welche Säulen tragen die Soziale Marktwirtschaft? Welche Rolle nimmt der Staat bei der Sozialen Marktwirtschaft ein? Diese Fragen gilt es in der interaktiven Anwendung herauszufinden.

Aufgabe

1

Informiere dich mithilfe des interaktiven Schaubilds über die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft.

M1

Alfred Müller-Armack und die Soziale Marktwirtschaft



Alfred Müller-Armack gilt als Urheber des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft. In seinem 1947 erschienenen Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ entwickelte er die Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft. Nachdem Müller-Armack als passives Mitglied in der NSDAP gewesen war, da er sich von dem neuen Regime eine stärkere und stabilere Wirtschaftspolitik als die der Weimarer Republik erhofft hatte, trat er nach dem Zweiten Weltkrieg in die CDU ein. Als Leiter der Grundsatzabteilung arbeitete er ab 1952 im Wirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard an der Implementierung der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsmodell für die Bundesrepublik Deutschland.



© picture-alliance / dpa / Rohwedder

Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft nach Alfred Müller-Armack (1901 – 1978)

Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf den Funktionen eines beweglichen und sich dynamisch entwickelnden Marktes.

Die Soziale Marktwirtschaft ist angetreten mit dem Anspruch, durch den marktwirtschaftlichen Prozess nicht nur die **Gütererzeugung** anzuheben, um den Bereich persönlicher freier Gestaltungsmöglichkeiten für die Einzelnen zu erweitern, sondern auch **soziale Fortschritte** zu bringen.

Die Soziale Marktwirtschaft fordert keinen schwachen Staat, sondern sieht in einem **starken demokratischen Staat** die Voraussetzungen für das Funktionieren dieser Ordnung. Der Staat hat [...] sich für die **Erhaltung eines echten Wettbewerbs** [...] einzusetzen. Die vom Staat zu sichernde Wettbewerbsordnung wehrt zugleich Machteinflüsse auf dem Markt ab.

Garant des sozialen Anspruchs der Marktwirtschaft ist nicht nur der Markt, dessen wirtschaftliche Leistungen sehr oft sozialen Fortschritt bedeuten. Der Staat hat vielmehr die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen, die aus dem Markt resultierenden Einkommensströme umzuleiten und **soziale Leistungen**, wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsубventionen und so weiter zu ermöglichen. Das alles gehört zum Wesen dieser Ordnung, und es wäre eine Farce¹, nur den unbeeinflussten Marktprozess zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten. Das bedeutet keineswegs ein Hinüberwechseln aus dem Markt in den staat-

¹ Hier bedeutet Farce so viel wie „Unsinn“.

lichen Bereich, sofern man sich dabei bewusst ist, dass die Mittel, die der Staat transformiert [hier: umleitet], von der wirtschaftlichen Leistung des Marktes abhängig bleiben und **marktkonform** sein müssen. Es muss die Grenze eingehalten werden, deren Überschreitung eine Störung der Marktvorgänge bewirkt.

Neben den engeren Aufgaben der Wettbewerbssicherung und den weiteren Aufgaben des sozialen Schutzes steht der Staat seit je und heute bewusster als früher vor **Aufgaben der Gesellschaftspolitik**, um die [...] Lebensumstände für alle zu verbessern. [...] Ich nenne Erweiterung der Vermögensbildung, Verbesserungen der Investitionen im Bereich des Verkehrs, des Gesundheitswesens, Aufwendungen für Bildung und Forschung. Schutz gegen die wachsende Verschlechterung vieler Umweltbedingungen, Städtebauförderung.

Quelle: Alfred Müller-Armack, Unser Jahrhundert der Ordnungsexperimente, in: Genealogie der sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, 2. Aufl., Bern/ Stuttgart 1981, S. 150.

| | Richtig? | Falsch? |
|--|--------------------------|--------------------------|
| Die Soziale Marktwirtschaft führt unabdingbar zu wirtschaftlichem Fortschritt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Die Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft ist nur in einer Demokratie möglich. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| In der Sozialen Marktwirtschaft bildet der Erfolg der Marktwirtschaft die Basis für die soziale Umverteilung und für die Erledigung der weiteren staatlichen Aufgaben. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Staatliche Maßnahmen müssen nicht immer marktkonform sein. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Die Soziale Marktwirtschaft erfordert einen starken Staat, der sich aber nicht in den Wettbewerb auf dem Markt einmischt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Aufgabe

2

a) Lies den Text und die Aussagen zur Sozialen Marktwirtschaft in der Tabelle durch. Entscheide, ob die Aussagen richtig oder falsch sind. Verbessere die falschen Aussagen.

b) Erstelle eigene richtig / falsch Aussagen auf der Grundlage des Textes und stelle sie deiner Lerngruppe vor.



c) Erstelle in Kleingruppen ein Tafelbild, welches die wichtigsten Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft zusammenfasst. Präsentiert das Tafelbild später im Plenum. Bezieht dabei auch die interaktive Statistik aus Aufgabe 1 mit ein.



Arbeitsblatt: Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert

Die Digitalisierung, die Corona-Pandemie oder die Folgen des Klimawandels – dies sind nur Beispiele für die Herausforderungen, vor denen das Modell der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert steht und die eine Lösung erfordern.

materieller Wohlstand

Armut

soziostrukturelle Herausforderungen

Globalisierung

Chancengerechtigkeit

demografischer Wandel

Arbeitswelt 4.0

| Herausforderung | Erläuterung | Folgen |
|-----------------|---|--------|
| | Steigendes Risiko trotz Beschäftigungsboom 2006; allerdings – Coronakrise, steigende Energiekosten, steigende Inflation. | |
| | Maß der Inklusivität und Fairness. Ein Indikator hierfür ist z. B. der Gender Pay Gap. | |
| | Aufgrund von veränderten Familienstrukturen werden informelle Leistung, wie z. B. die Unterstützung älterer Familienangehöriger, nicht mehr im Rahmen der Familie übernommen. | |
| | Zunehmende Automatisierung der Arbeit, wie auch eine Verschiebung bei der Arbeitskräftenachfrage mit Auswirkungen für das Sozialsystem | |
| | Derzeit so groß wie nie zuvor in der Geschichte der BRD; allerdings profitieren nicht alle gleichermaßen. Die reichsten 10% der Bevölkerung verfügen über 50% des Nettovermögens. | |
| | Rückgang der Geburtenraten, Alterung der Gesellschaft | |
| | Im Vergleich zu anderen Ländern höhere Sozialausgaben, die zu teuren Produktionsbedingungen und einem teuren Standort Deutschland führen | |

Aufgabe

3

- Ordne die Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft der Erläuterung passend zu.
- Beschreibe die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Herausforderung.

M2

Mehr Markt oder mehr Staat?

In der Sozialen Marktwirtschaft ist der Markt das bevorzugte Instrument der Koordination. Der Staat soll nur dann in die Wirtschaft eingreifen, wenn die Koordination über den Markt nicht zu gewünschten Effekten führt („So viel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig“).

Bereits in der Heizperiode 2021/2022 befand sich der Gaspreis auf einem Hoch – er war 2021 um rund 18 Prozent gestiegen. Dieser Preisanstieg ist die Folge einer gestiegenen Nachfrage auf den Weltmärkten aufgrund der wirtschaftlichen Erholung nach den negativen Folgen der Coronapandemie.

Die steigenden Kosten für den Einkauf von Erdgas wurden bereits 2021 von den Versorgern an die Kundschaft weitergegeben. 2022 trieb der Krieg in der Ukraine die Preise weiter in die Höhe. Erdgaslieferungen aus Russland wurden unterbrochen und trugen ebenfalls ihren Teil dazu bei.

Um Gaskunden zu entlasten, plant die Bundesregierung die Einführung einer Gaspreisbremse für 2023.

a) Tom Krebs: „Die Gaspreisbremse ist besser als ihr Ruf“

Seit vergangener Woche [Oktober 2022] werden die Vorschläge der Gaspreiskommission öffentlich diskutiert: Wie gerecht ist die Preisbremse, welche Anreize werden gesetzt? Hier verteidigt der Ökonom Tom Krebs die Vorschläge. Krebs arbeitet als Professor für Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim und ist Forschungsdirektor des Forum New Economy in Berlin.

Seitdem vor einer Woche die Expertenkommission ihre Vorschläge zur Gaspreisbremse präsentiert hat, hagelt es – neben dem üblichen Lob – auch viel Kritik: Die Gaspreisbremse sei nicht zielgenau und sozial ungerecht, sagen die Kritiker. Zudem schwäche sie die Anreize zum Gassparen und mache somit eine Gasmangellage im Winter wahrscheinlicher. Einkommensabhängige Direktzahlungen an die privaten Haushalte seien das bessere Instrument, so der Tenor vieler Ökonominen und Ökonomen, unter ihnen sogar einige Mitglieder der Expertenkommission selbst.

Dabei ist die Kritik an der Gaspreisbremse größtenteils verfehlt. Diese Gaspreisbremse ist erstens zielgenau und enthält hohe Sparanreize.

Zweitens wirkt sie – und das mag auf den ersten Blick überraschen – ähnlich wie die deutsche Sozialversicherung. Wichtig ist jetzt, dass sie unbedingt eine Mengengrenze für das Grundkontingent bekommt, wie es im Bericht der Expertenkommission bereits als Option erwähnt wird. Diese Obergrenze ist notwendig, damit der Staat nicht die Luxusvillen der Reichen subventioniert, sondern ein entscheidendes Prinzip des Sozialstaats erfüllt.

Eine Gaspreisbremse ist zielgenau, weil sie direkt an der Ursache des Problems ansetzt: Sie federt den allgemeinen Anstieg der Gaspreise ab und versichert die einzelnen Haushalte gegen



© istock.com / Evgen_Prazhnyko

extreme Kostensprünge. Sie schafft Entlastung und Sicherheit in unsicheren Zeiten. Darüber hinaus werden viele Menschen motiviert sein, ihre Wohnung weniger zu heizen und ihren Erdgasverbrauch um etwa 20 Prozent zu reduzieren: Schließlich gilt die vorgeschlagene Preisobergrenze von zwölf Cent nur für ein Kontingent von 80 Prozent des vergangenen Verbrauchs. Nach aktuellen Erkenntnissen würde die eingesparten 20 Prozent ausreichen, um eine Gasmangellage im Winter mit hoher Wahrscheinlichkeit zu vermeiden. Zudem bleibt der Umstieg auf alternative Heizungs-systeme wie zum Beispiel Wärmepumpen sehr attraktiv, denn auch mit Gaspreisbremse haben sich die Gaspreise für die Endkunden mindestens verdoppelt. Anders gesagt: Dieser Gaspreisbremse gelingt die richtige Balance zwischen Absicherung von Preisrisiken und Anreizen beim Gassparen.

Die richtigen Anreize zum Gassparen

Ein einfaches Beispiel kann helfen, die Eigenschaften der Gaspreisbremse zu verdeutlichen. Betrachten wir zwei vierköpfige Familien, die beide in einer 120-Quadratmeter-Wohnung mit Erdgasheizung leben. In der vergangenen Heizperiode haben beide Familien 15.000 Kilowattstunden Erdgas verbraucht und dafür sechs Cents pro Kilowattstunden bezahlt – also insgesamt 900 Euro pro Jahr. Die erste Familie hat einen langfristigen Vertrag mit einem verlässlichen Energieversorger kurz vor dem Ukraine-Krieg abgeschlossen und rechnet für die kommende Heizperiode mit einem durchschnittlichen Gaspreis von 15 Cents pro Kilowattstunde. Der zweiten Familie wurde vom Gaslieferanten der Ver-

trag im Sommer gekündigt und sie konnte bisher nur einen Neuvertrag zu sehr ungünstigen Konditionen erhalten, sodass diese Familie mit einem Gaspreis von 25 Cents pro Kilowattstunde für die kommende Heizperiode rechnet.

Beide Familien profitieren von der Erdgaspreisbremse, aber für die zweite Familie ist der Nutzen wesentlich größer. Die erste Familie würde ohne Gaspreisbremse bei unverändertem Verbrauch insgesamt 2.250 Euro für die kommende Heizperiode zahlen, aber muss nur 1.890 Euro mit Gaspreisbremse zahlen. Dies ergibt einen staatlichen Zuschuss von 360 Euro. Dieser Zuschuss entspricht einer impliziten Versicherung gegen das Gaspreisrisiko, das durch den russischen Energiekrieg entstanden ist.

Die zweite Familie würde ohne Gaspreisbremse bei unverändertem Verbrauch insgesamt 3.750 Euro für die kommende Heizperiode zahlen, aber muss mit Gaspreisbremse nur 2.190 Euro zahlen. Dies entspricht einer impliziten Versicherungszahlung von 1.560 Euro.

Welcher Zuschuss ist gerecht?

Für beide Familien wird also der Kostenanstieg reduziert, aber der staatliche Zuschuss ist wesentlich höher im zweiten Fall. Ist das gerecht? Das hängt von vielen Faktoren ab. Warum hat der Lieferant der zweiten Familie den günstigen Vertrag gekündigt? Sollte die erste Familie nicht dafür belohnt werden, weil sie rechtzeitig einen langfristigen Vertrag abgeschlossen hat? Und ist es wirklich gerecht, dass etwa ein Single mit einer 140 Quadratmeter großen Wohnung und ebenfalls einem Jahresverbrauch von 15.000 Kilowattstunden genau behandelt wird wie die vierköpfige Familie mit 120-Quadratmeter-Wohnung und einem Jahresverbrauch von 15.000 Kilowattstunden?

Solche und ähnliche Gerechtigkeitsfragen können nie eindeutig beantwortet werden. Es kann jedoch festgestellt werden, dass die scheinbare Ungleichbehandlung der zwei Familien die Folge eines Prinzips der ökonomisch effizienten Versicherungen ist. Auch das deutsche Sozialversicherungssystem liegt dem zugrunde.



© iStock.com / AndreyPopov

Die Grundidee der Versicherung ist, dass die Auszahlung mit dem Verlust beziehungsweise Schaden steigt. Das hat zur Folge, dass die Arbeitslosenversicherung bei betriebsbedingten Kündigungen in der Regel demjenigen den höchsten Geldbetrag auszahlt, der die größten Einkommensverluste erlitten hat. Ebenso erhalten in der gesetzlichen Rentenversicherung diejenigen die höchste Rente, die am meisten Einkommen durch den Renteneintritt verloren haben.

Das Versicherungsprinzip konkurriert indes mit dem Solidarprinzip. Das ist auch der Grund, warum der staatlichen Absicherung von Lebensrisiken klare Grenzen gesetzt sind. Der Verlust eines Luxuslebens wird in der Regel nicht staatlich versichert, um die Solidarität der Gesellschaft nicht zu überfordern. Beispielsweise haben Arbeitslosen- und Rentenversicherung Höchstgrenzen für den Auszahlungsbetrag.

Ohne Obergrenze wird es ungerecht

Es ist daher notwendig, dass die Bundesregierung dieses Prinzip auch auf die Gaspreisbremse überträgt. Daher muss sie eine Obergrenze für das

Grundkontingent einziehen. Sollte sie dies nicht tun, sind berechtigte Debatten über die staatliche Subventionierung von Luxusvillen unvermeidlich, und das gesamte Konzept wäre gefährdet.

Eine konsequente Anwendung des Solidarprinzips führt von einer Gaspreisbremse mit Obergrenze dann zu einem nächsten Schritt: dem dauerhaften Gaspreisdeckel mit einem Pro-Kopf-Grundkontingent, wie er ursprünglich von Sebastian Dullien und Isabella Weber vorgeschlagen wurde. In diesem Fall wird ein Pro-Kopf-Grundbedarf an Energie zum Heizen und Kochen als essenzielles Gut angesehen, das der Staat für alle Haushalte zu einem subventionierten Preis bereitstellt.

Ein solcher Gaspreisdeckel ähnelt also in seiner Wirkungsweise eher der gesetzlichen Krankenversicherung oder dem 49-Euro-Ticket: Alle Mitglieder der Gesellschaft haben Anspruch auf diese essenziellen Dienstleistungen zu staatlich subventionierten Preisen. Daher ist die Frage, ob wir aus der temporären Gaspreisbremse langfristig einen dauerhaften Energiepreisdeckel machen wollen, letztlich eine Frage, in welcher Solidargemeinschaft wir zukünftig leben wollen.

Tom Krebs, Zeit Online, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-10/entlastungspaket-gaspreisbremse-energiekrise-sparen/komplettansicht>

D b) Marktinkonform

Als marktinkonform werden wirtschaftspolitische Maßnahmen bezeichnet, die der marktwirtschaftlichen Rahmenordnung zuwiderlaufen, weil der Staat mittels Kontrollen Mengen und Preise für bestimmte Güter festsetzt und damit den Markt-Preis-Mechanismus außer Kraft setzt.

c) Till Bückner: „Die Tücken der Preisbremse“

[...] Wie sieht es aus, wenn sich der Verbrauch stark ändert?

Darauf hat die Bundesregierung bislang noch keine Antwort. Die Methode, den historischen Verbrauch als Berechnungsgrundlage für die Preisbremsen zu nutzen, habe Schwächen, heißt es von den Verbraucherzentralen. Denn wenn der

Energieverbrauch eines Haushalts kürzlich stark gesunken ist, weil jemand ausgezogen ist, erhält dieser vergleichsweise hohe Hilfen. Wohnt aber andersherum etwa ein Verwandter dauerhaft mit im Haus, dürfte der Verbrauch und damit auch die benötigte Entlastung bei den Kosten gestiegen sein.

15 Was ist mit den Haushalten, die bereits Energie eingespart haben?

Auch Verbraucher, die in diesem Jahr schon sehr sparsam mit Energie umgegangen sind, könnten durch das Modell benachteiligt werden. „Sie werden dann mehr Schwierigkeiten haben, nur 80 Prozent der bisherigen Energie zu verbrauchen, und müssen für den restlichen Verbrauch die voraussichtlich hohen Marktpreise zahlen“, so die Verbraucherschützer. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) teilte dazu auf tagesschau.de-Anfrage lediglich mit: „Die Versorger werden (und können) nicht mögliche Einspar-
effekte in der Zukunft prognostizieren, sondern sie legen den bisherigen Verbrauch zugrunde.“

Für Einsparungen seit September gilt das Problem aber offenbar nicht. „Kunden, die nach September massiv Energie eingespart haben, werden nicht benachteiligt“, heißt es vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU). Zwar würden die Einsparungen von Oktober und November nicht in der Verbrauchsprognose berücksichtigt. Doch das könne sogar vorteilhaft für die Kunden sein. „Denn Einsparungen nach September senken den tatsächlichen Verbrauch, während die Berechnung des Entlastungsbetrags sich auf den alten höheren Abschlag (80 Prozent) bezieht“, so ein VKU-Sprecher gegenüber tagesschau.de.

Sind die Preisbremsen sozial ungerecht?

Der Linken-Abgeordneten Dietmar Bartsch kritisiert eine soziale Schieflage an dem Modell. Durch die Ausrichtung auf den Verbrauch in der Vergangenheit bekomme derjenige die volle Unterstützung, der am meisten Strom verbraucht habe, sagte er in der Bundestagssitzung Anfang Dezember. Die Alternativen – etwa die individuelle Erhebung über die Bedürftigkeit einzelner Verbrauchergruppen – erfordern jedoch „eine lange Vorlaufzeit und aufwändige Verfahren“, verteidigt das BMWK die Methode. Das würde eine zeitnahe Umsetzung der Preisbremsen gefährden. Außerdem werde durch den aktuellen Ansatz der Anreiz zum Energiesparen sichergestellt.

Die oberen Einkommensgruppen zu Einsparungen zu bewegen, sei allerdings auch anders möglich, sagte Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei der Hans-Böckler-Stiftung, in einer Ausschusssitzung in der vergangenen Woche. Er schlug eine generelle Obergrenze der geförderten Zahl an Kilowattstunden vor.

Ramona Pop vom Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) sprach sich außerdem für ein Mindestkontingent aus, auf das der staatlich garantierte Brutto-Arbeitspreis zu 100 Prozent angewandt werden solle. Das komme Verbrauchern zugute, die bereits in der Vergangenheit alle Einsparpotenziale realisiert hätten, sagte Pop. Auch für die ärmeren Haushalte sei das sinnvoll, da aufgrund des geringeren Verbrauchs ihr Durchschnittspreis stärker fallen würde als bei anderen, argumentierte Isabella M. Weber von der University of Massachusetts Amherst.



© istock.com/simpson33

Wo soll noch nachgebessert werden?

Um einen sozialen Ausgleich zu schaffen, plant die Bundesregierung stattdessen, dass die Entlastung ab einer bestimmten Einkommenschwelle zu versteuern ist. Darüber hinaus sind weitere Nachbesserungen vorgesehen. Etwa für andere Heizmittel wie Pellets oder Öl soll es eine Härtefalllösung geben, heißt es aus dem BMWK. „An dieser Ausgestaltung wird aktuell zwischen Bund und Ländern gearbeitet.“

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/gaspreisbremse-strompreisbremse-energiekosten-101.html>

d) Statement von Prof. Dr. Stefan Kooths, Direktor Konjunktur und Wachstum am Institut für Weltwirtschaft in Kiel: „Gaspreisbremse: Wumms-Rhetorik¹ ist die falsche Ansprache in einer Energiekrise“ (30.09.2022)

Die Wumms-Rhetorik ist die falsche Ansprache in einer Energiekrise. Es wäre verheerend, wenn Verbraucher und Unternehmen aus dem so genannten Abwehrschirm schlössen, sie seien nun ihre
5 Energiesorgen los, weil der Staat alles über Kredite bezahlt. Vielmehr kommt es weiterhin darauf an, den Gasverbrauch zu drosseln. Wenn es nicht gelingt, den Gasverbrauch um 20 Prozent zu senken und die Gaslieferungen im angepeilten Maß zu
10 steigern, droht eine Gasmangellage, in der Gas für die Industrie rationiert werden müsste. In diesem Fall droht ein drastischer Einbruch der Wirtschaftsleistung, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute jüngst in ihrem Herbstgutachten gezeigt haben.

15 Es muss daher weiter deutlich Gas gespart werden – auch von privaten Haushalten. Folglich müssen die nicht-subventionierten Verbrauchsmengen jenseits der Basiskontingente extrem

20 teuer sein, um starke Sparanreize zu setzen, sofern die Basiskontingente für die Kunden günstig bleiben sollen. Je früher die Politik diese Botschaft sendet, desto besser.

Deutschland reiht sich in die Riege anderer europäischer Länder ein, die den Gasverbrauch massiv subventioniert. Das hält die Gasnachfrage und mit ihr die Preise hoch. Der Abwehrschirm droht somit hinsichtlich der Gasverfügbarkeit für die Industrie als auch mit Blick auf die Gaspreise kontraproduktive Nebenwirkungen zu entfalten. [...]

30 Je breiter die „Wumms“-Pakete ausgestaltet werden, desto höher ist zudem die inflationstreibende Gefahr, die von ihnen ausgeht. Denn gesamtwirtschaftlich verschuldet sich der Staat und pumpt über Subventionen mehr verfügbares Einkommen in den Privatsektor. Das treibt die Nachfrage und damit auch die heimischen Preise weiter nach oben, die bereits seit einiger Zeit ebenfalls kräftig anziehen.

40 Die Gasumlage war besser als ihr Ruf, während eine Gaspreisbremse nicht halten wird, was sie verspricht. Gezielte Transfers an einkommensschwache Haushalte, wie eine mit steigendem Einkommen abschmelzende Energiepreispauschale, führen zu mehr Stabilität und mehr Ausgleich als
45 eine in die Breite zielende Subvention von Energie. Ein fokussierter Ansatz passt somit besser in die gesamtwirtschaftliche Landschaft.



1 Bundeskanzler Scholz bezeichnete die geplante staatliche Stützung der Energieversorgung und die vorgesehenen Preisbremsen als „Doppel -Wumms“.

<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2022/gaspreisbremse-wumms-rhetorik-ist-die-falsche-ansprache-in-einer-energiekrise/>

Position A

→ Material b, c und d

Ihrer Meinung nach ist es im Zuge der Krisen der letzten Jahre zu einer beträchtlichen Stärkung des Staates in der Wirtschaft gekommen, die marktwirtschaftliche Prinzipien in den Hintergrund hat treten lassen. Doch wie viel Sozialstaat kann sich die Soziale Marktwirtschaft eigentlich leisten? Wem kommen die Staatseingriffe zugute und haben sie überhaupt den gewünschten Effekt? Sie sind von der ab März 2023 beginnenden Gaspreisbremse wenig überzeugt, bedeutet sie doch erneut einen Eingriff des Staates in den Markt.

Folgende Aspekte sind Ihnen in der Pro-Kontra-Diskussion wichtig:

- ◆ Sie denken an die Folgen, die die Gaspreisbremse auf das Verhalten der Gaskundinnen und Gaskunden sowie der Unternehmen haben wird.
- ◆ Sie sprechen die Kosten an und wer diese tragen soll.
- ◆ Sie interessieren sich dafür, wie das Problem teure Energie nachhaltig gelöst werden soll – doch nicht dauerhaft durch staatliche Eingriffe?
- ◆ Sie wundern sich, was passieren soll, wenn der Gaspreis 2024 noch teurer wird.
- ◆ Sie stellen sich die Frage, ob dann nicht in anderen Bereichen auch Begehrlichkeiten nach Geldern geweckt werden.
- ◆ Sie kritisieren, wen der Staat mit der Preisbremse alles unterstützt (kleine Wohnungsbesitzer? Poolbesitzer? ...)

Sie halten die Kernidee der Sozialen Marktwirtschaft für gut und dieses Konzept für zukunftsfähig. Sie sind folglich nicht grundsätzlich dagegen, dass der Staat in den Markt eingreift. Sie weisen in der Diskussion jedoch auf die Problematik und die konkreten Folgen der Eingriffe des Staates in den Markt hin.

Position B

→ Material a und b

Corona-Pandemie, Firmenpleiten, die Folgen des Ukrainekrieges: Ihrer Meinung nach ist es die Aufgabe des Staates, in Krisenzeiten mehr Engagement in der Wirtschaft zu zeigen. Dies ist derzeit der Fall! Denn wie steht es um den sozialen Frieden im Land, wenn der Wohlstand sinkt? Wie verhalten sich Betriebe und Unternehmen, wenn sie nicht absehen können, welche Energiekosten auf sie zukommen?

Folgende Aspekte sind Ihnen in der Pro-Kontra-Diskussion wichtig:

- ◆ Sie gehen von der Verantwortung des Staates für seine Bürgerinnen und Bürger aus und nennen dafür Beispiele.
- ◆ Sie sprechen von der Bedeutung der Gaspreisbremse für Unternehmen. (Welche Vorteile haben Unternehmen durch die Preisbremse? Welche Folgen können unkalkulierbare Energiekosten für Unternehmen haben und letztendlich für die Gesellschaft?)
- ◆ Sie verstehen den Vorwurf der fehlenden Energiesparanreize nicht und erläutern dies.
- ◆ Sie sprechen von den Folgen für den Staat und die Gesellschaft, wenn zahlreiche Menschen ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.

Sie halten die Kernidee der Sozialen Marktwirtschaft für gut und dieses Konzept für zukunftsfähig. Ihnen sind die Folgen von Eingriffen des Staates in den Markt bewusst. Sie betonen allerdings die Notwendigkeit dieser Eingriffe für die Bürgerinnen und Bürger in Notsituationen. Außerdem sind Sie daran interessiert, wie das Problem ohne den Eingriff des Staates in den Energiemarkt gelöst werden kann.



Digitale Methode: Positionslinie

Deine Meinung ist gefragt: Mithilfe der digitalen Anwendung nimmst du Stellung zu den Aussagen, die auf der Leinwand erscheinen. Stimmt du den Aussagen zu oder eher nicht? Nutze dein mobiles Endgerät, um dich zu positionieren. Das Klassenergebnis wird anschließend auf der Leinwand angezeigt.

Aufgabe

4

- a) Erkläre mithilfe des Textes „Die Gaspreisbremse ist besser als ihr Ruf“ wie die Gaspreisbremse funktioniert.
- b) Überprüfe, ob es sich bei der Gaspreisbremse um einen marktkonformen oder marktinkonformen Eingriff des Staates handelt (vgl. Definitionskosten).



- c) Arbeitet in Viergruppen zusammen. Jede Gruppe befasst sich entweder mit Position A oder mit den Materialien zu Position B. Bereitet mithilfe der Informationen eure Position für eine Pro-Kontra-Diskussion vor. Bestimmt pro Gruppe ein Mitglied, welches später in der Diskussion eure Position vertritt.
- d) Erörtert in der Pro-Kontra-Diskussion abwechselnd die Frage, ob die Gaspreisbremse ein legitimer Eingriff in den Markt ist. Alle Gruppenmitglieder, die nicht aktiv an der Diskussion beteiligt sind, hören aufmerksam zu und stellen Fragen bzw. unterstützen ihr Mitglied in der Diskussion mit Argumenten, falls diese ausgehen sollten.
- e) Begründe mithilfe der digitalen Anwendung, ob die aufgelisteten Herausforderungen jeweils der Staat lösen soll oder eher der Markt? Begründe deine Entscheidung unter Berücksichtigung der Argumente aus der Pro-Kontra-Diskussion.

